

R 26 - 11

## RUNDSCHREIBEN 1973/2

### VdDB-Jahresbericht 1972/73

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Hiermit legen wir Ihnen zum ersten Mal den Jahresbericht des Vorstandes in schriftlicher Form bereits vor der Mitgliederversammlung vor. Damit wollen wir erreichen, daß wir in der Mitgliederversammlung mehr Zeit für die Diskussion der berufspolitischen und vereinsinternen Probleme gewinnen. Gleichzeitig erhalten Sie dadurch die Möglichkeit, sich auf die Sie interessierenden Fragen zur Arbeit des Vorstandes vorzubereiten.

Die Übernahme der Vereinsgeschäfte durch den neuen Vorstand erfolgte am 26. 7. 1972 in München, wo auch gleichzeitig eine Vorstandssitzung stattfand. Die Überführung der Vereinsunterlagen von München nach Bochum konnte aus organisatorischen Gründen erst in diesem Jahr erfolgen. Das wirkte sich teilweise recht hemmend auf die Arbeit aus.

Das Hauptaugenmerk unserer Arbeit lag auf der Vertretung der berufspolitischen Interessen unserer Mitglieder. Hier sind besonders zwei Aktionen zu nennen, die wir in Zusammenarbeit mit der ‚Kommission für Besoldungs- und Tariffragen‘ und dank derer gründlichen und ausgezeichneten Vorbereitung durchgeführt haben.

Wir haben noch einmal gegenüber den Tarifpartnern und den uns nahestehenden befreundeten Verbänden Stellung genommen zu unseren Forderungen zur Neugestaltung des BAT für die Eingruppierung von Angestellten im bibliothekarischen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken. Leider ist es im vergangenen Jahr, wie Sie ja aus der Presse wissen, nicht mehr zu den von uns schon lange geforderten Verhandlungen gekommen. Als Erfolg unserer Arbeit können wir jedoch verbuchen, daß sich die Gewerkschaften im wesentlichen unsere Vorstellungen zu diesen Problemen zu eigen gemacht haben. Dies auch dank der guten Arbeit unserer gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen in den entsprechenden gewerkschaftlichen Gremien. Die Tarifgespräche haben inzwischen wieder begonnen, und wir können im Moment nur hoffen, daß sie auch für uns erfolgreich zu Ende geführt werden.

Eine weitere Aktion richtete sich gegen die Praxis der Stellenausschreibung an der Universität Bremen. Alarmiert durch die Informationen der Landesgruppe Bremen über einen sich dort abzeichnenden Trend, bei der Besetzung von Stellen zunehmend von der Forderung nach einer abgeschlossenen bibliothekarischen Ausbildung abzugehen, ja sogar diese eher als hinderlich zu betrachten, protestierten wir gegen eine derartige Personalpolitik bei den entsprechenden zuständigen Bremer Gremien. In unserem Schreiben haben wir aber auch dargelegt, daß wir nicht grundsätzlich gegen

die Durchlässigkeit der Laufbahnen sind und durchaus befürworten, daß in der bibliothekarischen Arbeit versierte, qualifizierte sonstige Bewerber bei der Auswahl ebenso berücksichtigt werden und in die entsprechenden Tarifgruppen Einlaß finden. Über unseren Protest informierten wir gleichzeitig die Deutsche Bibliothekskonferenz, den Verein Deutscher Bibliothekare, den Verein der Bibliothekare an Öffentlichen Büchereien und die entsprechenden Landesgruppen. Die angeschriebenen Bremer Gremien haben auf unseren Protest so gut wie nicht reagiert.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema unserer Arbeit war die Vorbereitung des ‚Bibliothekskongresses 1973‘ in Hamburg. Die ‚Deutsche Bibliothekskonferenz‘ hatte sich einmütig für eine integrierte Veranstaltung aller in ihr vertretenen bibliothekarischen Verbände ausgesprochen. Die Themen dieser Arbeitstagung sollten so gewählt werden, daß sie alle Sparten des Bibliothekswesens gleichmäßig ansprechen. Dieser Forderung mußten wir, um der Gemeinsamkeit willen, vereinsinterne Interessen an der Durchführung bestimmter Veranstaltungen, wie unserer Arbeitskreise, unterordnen und auf sie für dieses Mal verzichten.

Auf dem Bibliothekskongreß wird der ‚Bibliotheksplan 1973‘ der Öffentlichkeit übergeben werden. Dieser Plan wurde von einer Studienkommission im Auftrage der ‚Deutschen Bibliothekskonferenz‘ in mehrjähriger Tätigkeit ausgearbeitet. Vertreter unseres Vereines, der sich als Personalverband vorwiegend mit berufspolitischen und nicht mit bibliothekarischen Sachfragen befaßt, wirkten daran nicht mit. Nach der Vorlage des Diskussionsentwurfes in der Mitte des vergangenen Jahres, stellte sich jedoch heraus, daß unsere berufspolitischen Interessen durchaus im Zusammenhang mit der Entwicklung des deutschen Bibliothekswesens gesehen werden müssen. So haben wir versucht, uns bei der weiteren Ausarbeitung der für uns wichtigen Themen, wie der Anlage über die ‚Bibliothekarische Aus- und Fortbildung‘, einzuschalten. Die Arbeiten waren leider bereits so weit fortgeschritten, daß dies nicht mehr möglich war. In Anbetracht der Wichtigkeit des Planes haben Vorstand und Beirat seiner Verabschiedung und Übergabe an die Öffentlichkeit in ihrer Sitzung am 22. 2. 1973 in Mainz zugestimmt, trotz der Bedenken, die zu vielen Punkten bestanden, und unter Hinweis darauf.

Äußerst positiv gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Vorstand des VDB. Wir haben versucht, unsere gegenseitigen Interessen gemeinsam zu vertreten, wobei die differierenden, legitimen berufspolitischen Vorstellungen beider durchaus geachtet und anerkannt wurden. Von den vielfachen Kontakten wäre einmal

die gemeinsame Herausgabe des Rundschreibens zu nennen, wobei ich die gute Zusammenarbeit der Presse-referenten beider Vereine nicht unerwähnt lassen möchte. Darüber hinaus besuchten die Vorsitzenden bzw. von ihnenbeauftragte Vertreter gegenseitig die Sitzungen der Vereinsgremien. Es muß aber festgestellt werden, daß trotz dieser ausgezeichneten Kontakte die Fusion der beiden Verbände noch in weiter Ferne liegt.

Die berechnete, anwachsende Kritik aus unserem Kollegenkreis an der Gestaltung des ZfBB haben Vorstand und Beirat veranlaßt, einmal unser Vertragsverhältnis zu dieser Zeitschrift zu überprüfen. Bekannt ist, daß wir einen jährlichen Zuschuß von 500,— DM zahlen, die Werbung in unserem Kollegenkreis durchführen, sowie das Inkasso der Abonnements unserer Mitglieder. Dafür erhalten unsere Mitglieder eine Ermäßigung des normalen Bezugspreises der Zeitschrift, aber nur 10% machen von dieser Vergünstigung Gebrauch. Eine vertraglich abgesicherte Regelung darüber gibt es aber nicht. Wir haben auch keinerlei Mitspracherecht bei der Gestaltung dieser Zeitschrift, sowohl inhaltlich, als auch hinsichtlich des Abonnementspreises. Der Versuch, mit dem Verlag zu einer vertraglichen Einigung zu kommen, die uns auch ein Mitspracherecht in der Redaktion garantiert hätte, scheiterte bisher an der ausweichenden Haltung von Verleger und Herausgeber.

Auf Anregung einiger Mitglieder haben wir uns auch um die bessere Versorgung unserer Kollegen mit Fachliteratur bemüht, indem wir verschiedene Verlage, zu deren Verlagsschwerpunkten Bibliothekswesen gehört, angeschrieben haben, mit der Bitte, die Möglichkeiten für den verbilligten Bezug der einschlägigen Literatur durch unsere Mitglieder zu prüfen. Nur ein Verlag hat unsere Anfrage positiv beantwortet, und viele von Ihnen haben bereits von dem Angebot, Ausstellungs- und Remittendenexemplare zu einem Sonderpreis zu beziehen, Gebrauch gemacht.

Um nach außen hin einen großen Kreis der Kolleginnen und Kollegen repräsentieren zu können und damit auch schlagkräftiger zu sein, beabsichtigen wir, eine gezielte Werbung in diesem Kreis vorzunehmen. Zu diesem Zweck wird in Zukunft ein Werbeschreiben zur Verfügung stehen, das ein Arbeitsteam entworfen hat und das nach Billigung durch den Vorstand und Beirat in Druck gegangen ist. Zur Zeit gehören unserem Verein 1626 Mitglieder an. Dem Austritt von 53 Mitgliedern stehen 45 Neuaufnahmen gegenüber. Bedauerlich ist dabei, daß Mitglieder, die aus dem Berufsleben ausscheiden, auch gleichzeitig aus dem Verein austreten.

Die Absicht, zum 25jährigen Jubiläum unseres Vereins in diesem Jahr ein neues Mitgliederverzeichnis vorzulegen, konnte nicht ausgeführt werden. Unser Aufruf im Rundschreiben, uns Veränderungen gegenüber dem letzten Verzeichnis mitzuteilen, hatte nur geringen Erfolg. Auf diese Weise und an Hand unserer Mitgliederkartei, die leider nicht auf dem laufenden ist, da es viele Mitglieder versäumen, uns Veränderungen ihrerseits mitzuteilen, konnte kein Manuskript hergestellt werden. Es hat sich gezeigt, daß dazu eine Anfrage bei allen Mitgliedern nötig ist. In der uns zur Verfügung stehenden Zeit konnte dies nicht durchgeführt werden.

Aus der Arbeit unserer Kommissionen möchte ich erwähnen, daß die ‚Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen‘ ‚Vorschläge für die gemeinsame Ausbildung von Bibliotheksassistenten an öffentlichen und

wissenschaftlichen Bibliotheken‘ vorgelegt hat, die nun veröffentlicht werden. Das Arbeitsergebnis der ‚Satzungskommission‘ liegt Ihnen in Form des neuen Satzungsentwurfes vor. Über die Tätigkeit der ‚Kommission für Besoldungs- und Tarifrfragen‘ habe ich Ihnen bereits oben im Zusammenhang mit den gemeinsamen Aktionen von Vorstand und Kommission berichtet.

Die mannigfaltigen Probleme und Aufgaben machten es erforderlich, daß Vorstand und Beirat zusätzlich zu der alljährlichen Sitzung während des Bibliothekartages im Berichtszeitraum zwei zusätzliche Sitzungen abhielten: Am 26./27. Oktober 1972 in Marburg und am 22. Februar 1973 in Mainz. Die Hauptthemen dieser Sitzungen bildeten der Bibliothekskongreß, der Bibliotheksplan, die neue Satzung, unsere Stellung zum ZfBB und die Mitgliederwerbung.

An den Sitzungen der Deutschen Bibliothekskonferenz am 17. Juli 1972 in Regensburg, am 2./3. Oktober 1972 in Hamburg, am 4. Dezember 1972 in Regensburg und am 9. März 1973 in Bielefeld nahmen Herr Aumüller oder ich teil. Themen dieser Sitzungen waren der Bibliothekskongreß, der Bibliotheksplan, die Bibliothekstantiemen, das Bundesförderungsprogramm Information und Dokumentation.

An der IFLA-Tagung in Budapest, die unter dem Thema ‚Reading in a changing world‘ stand, konnte Herr Aumüller, Herr Straßner und ich den Verein vertreten.

Die anlässlich des 62. Deutschen Bibliothekartages in Mannheim geknüpften Kontakte zu österreichischen Kollegen des gehobenen Bibliotheksdienstes führten zu einer Einladung zum 12. Österreichischen Bibliothekartag in Eisenstadt, an dem ich teilgenommen habe. In Erwiderung dieser Einladung ist es uns gelungen, über die ‚Bibliothekarische Auslandsstelle‘ zum Bibliothekskongreß 1973 zwei österreichische Kollegen einzuladen. Wir hoffen sehr, daß wir diese Kontakte noch erweitern können.

Nachdem längere Zeit die ‚Bibliothekarische Auslandsstelle‘ durch ein Mitglied unseres Vereines nicht besetzt war, ist es in diesem Jahr dank der Bemühungen unserer Berliner Beirätin, Frau Kochinke, gelungen, diese Stelle wieder zu besetzen. Für diese Aufgabe konnte Frau Petra Gebeschus gewonnen werden.

Leider muß ich Ihnen noch eine andere personelle Veränderung mitteilen. Zu unserem großen Bedauern hat Herr Straßner aus persönlichen Gründen sein Amt als Beirat für Baden-Württemberg mit Wirkung vom 2. April 1973 niedergelegt. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Straßner für seine Arbeit und für die Impulse, die er unserer Vereinsarbeit gegeben hat, danken. Nachfolger von Herrn Straßner wird der Kandidat mit der nächst höheren Stimmenzahl bei den Beiratswahlen 1972, Herr Martin Keller, UB Freiburg i. Br.

Am Ende meines Jahresberichtes möchte ich es nicht versäumen, allen anderen Mitgliedern des Vorstandes: dem stellvertretenden Vorsitzenden, der Schriftführerin und der Kassenwartin, den Beiräten, den Mitgliedern der Kommissionen und unserer Pressereferentin für die ausgezeichnete Mitarbeit recht herzlich danken. Darüber hinaus aber möchte ich auch allen Mitgliedern danken, die uns Anregungen für die Arbeit gegeben haben und ihr mit Interesse gefolgt sind.

I. Sobottke

### Bibliothekenverband

Die Bemühungen des Vereins um Abtrennung der Aufgaben der Bibliotheksentwicklung von der Personalvertretung der Bibliothekare scheinen nunmehr in ein entscheidendes Stadium getreten zu sein. Es sind mehrere zeitlich gleichlaufende Entwicklungen, die Möglichkeiten eröffnen.

Die von der Resolution der Mitgliederversammlung vom 25. 5. 1972 (vgl. ZfBB 19. 1972 S. 381) ausgehenden Besprechungen und Kontakte mit der Amtschefkonferenz der Kultusministerkonferenz sind nur langsam vorangekommen. Bei einer Sitzung am 28. 6. 1972 in Bonn, an der die Beauftragten des VDB teilnahmen, und mit einer Gruppe der Amtschefs der Kultusministerkonferenz konferierten, brachten zunächst kein greifbares Ergebnis. Die KMK zeigte jedoch ihr Interesse an den aufgeworfenen Fragen und setzte eine Arbeitsgruppe im Rahmen des Hochschulausschusses ein, die sich mit diesen Fragen weiter befassen sollte. Diese Gruppe hat am 8./9. 4. 1973 eine gemeinsame Besprechung mit einer Arbeitsgruppe der Finanzminister der Bundesländer abgehalten, bei der dem Vernehmen nach prinzipielle Übereinstimmung über eine finanzielle Förderung der Sacharbeit im Bereich der wissenschaftlichen Bibliotheken erzielt worden sein soll. Bis zur Stunde sind Einzelheiten noch nicht bekannt geworden. Eine zweite Entwicklungslinie ergab sich durch die Bestrebungen des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung und nach dessen Teilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, in den Entwurf des „Bundesförderungsprogramms Information und Dokumentation“, der zur Zeit dem Kabinett vorliegt, eine umfangreiche Darstellung über die Notwendigkeit der Förderung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens einzubringen. Das Projekt sieht auch eine nicht unbeträchtliche Bezuschussung des Vereins Deutscher Bibliothekare als Träger von Sachaufgaben vor. Die Verbindung zur DFG, auf die unsererseits besonderer Wert gelegt wurde, blieb dabei aufrechterhalten. Allerdings muß festgestellt werden, daß die Realisierung dieses Projektes weder gesichert, noch in naher Zukunft erreichbar erscheint. Die Modalitäten der Vergabe von Mitteln für Projekte des wissenschaftlichen Bibliothekswesens sind in dem Entwurf nicht angesprochen. Es muß also damit gerechnet werden, daß selbst im günstigsten Fall bis zur tatsächlichen Regelung einer Bezuschussung noch 2-3 Jahre vergehen.

Vorstand und Ausschuß des VDB vertreten deshalb die Meinung, daß es nach den vielen Jahren des Wartens notwendig sei, mit konkreten Vorschlägen für eine kurzfristige Lösung an die Unterhaltsträger heranzutreten und die Bereitschaft des Deutschen Büchereiverbandes zu einer Zusammenarbeit zu erkunden. In zwei Verhandlungsrunden, an denen auch ein Vertreter der AG der Spezialbibliotheken teilnahm, wurde vereinbart, eine Zusammenarbeit durch Umstrukturierung des Deutschen Büchereiverbandes zu einem Deutschen Bibliotheksverband zu versuchen. Es wurde dazu ein Satzungsentwurf ausgearbeitet, (s. Anlage zur Einladung zur Mitgliederversammlung und Bibliotheksdienst 1973, S. 180-187). Vorgesehen ist die Erweiterung des Deutschen Büchereiverbandes zu einem Deutschen Bibliotheksverband und die Gründung einer wissenschaftlichen Sektion innerhalb des DBV. Die Arbeitsstelle für das Büchereiwesen und deren eingespielter Apparat sollen um eine „Sektion Wissenschaftliches

Bibliothekswesen“ ergänzt werden. Eine der wesentlichen Fragen der Gestaltung der Satzung war die des sogenannten Minderheitenschutzes einzelner bibliothekarischer Gruppen innerhalb des DBV, der nicht nur aus der Sicht der wissenschaftlichen Bibliotheken gesehen werden darf. Die dazu ausgearbeiteten Bestimmungen der Satzung wurden durch Anregungen des Vereinsausschusses des VDB ergänzt. Wegen fast gleichzeitiger Sitzungen der Ausschüsse des VDB und des DBV sind unsere Wünsche zunächst vom DBV nicht berücksichtigt worden. Der DBV führte jedoch einen Umlaufbeschluß herbei, der vorsieht, daß die Anregungen des Vereinsausschusses des VDB gleichzeitig mit dem Satzungsentwurf der Mitgliederversammlung des DBV in Hamburg vorgelegt und zur Annahme empfohlen werden sollen. Der Vereinsausschuß des VDB hat beschlossen, den wissenschaftlichen Bibliotheken zu empfehlen, selbst oder über ihren Unterhaltsträger dem DBV beizutreten und die eigene Sacharbeit Zug um Zug auf den DBV zu übertragen. Dieser Beschluß wird der Mitgliederversammlung zur Bestätigung vorgelegt. Gedacht ist an eine kontinuierliche Entwicklung, die immer dann, wenn die Möglichkeit dafür gegeben ist, durch Übertragung der Kommissionsarbeit Zug um Zug auf den DBV die Umstrukturierung des VDB zum Personalverband ermöglicht. Entscheidend für eine solche Entwicklung wird die Haltung der Unterhaltsträger sein. Die darüber begonnenen Verhandlungen mit maßgebenden Persönlichkeiten einzelner Kultusministerien und der Amtschefkonferenz haben gezeigt, daß ein stärkerer Einfluß der Unterhaltsträger in den Gremien des DBV gewünscht wird. Andererseits sieht man eine Erleichterung in der Bezuschussung sowohl bei der KMK als beim Bundesministerium für Forschung und Technologie, wenn ein Trägerverband wie der DBV eingeschaltet werden kann.

Am 2. 5. wurde eine Delegation der Deutschen Bibliothekskonferenz unter Beteiligung eines Vertreters der Deutschen Forschungsgemeinschaft vom Leiter und von Mitgliedern der Arbeitsgruppe des Hochschulausschusses der Kultusministerkonferenz zu einer Besprechung in Bonn empfangen. Dabei wurde die Absicht des Ausschusses deutlich, die überregionale Sacharbeit des wissenschaftlichen Bibliothekswesens im Rahmen des geplanten Verbandes Deutscher Bibliotheken und über die um eine Sektion Wissenschaftliches Bibliothekswesen erweiterte Arbeitsstelle zu fördern. Die Arbeitsgruppe wird, wie versichert wurde, diese Konzeption der Amtschefkonferenz der KMK vorschlagen. Das Statut der Arbeitsstelle sollte im Sinne einer stärkeren Einflußmöglichkeit der Unterhaltsträger erweitert werden. Die KMK strebt an, die finanzielle Trägerschaft der Länder für überregionale bibliothekarische Sachfragen zu sichern und hat deshalb bereits bei der gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Finanzminister die Finanzierungsfrage besprochen. Projektgebundene Mittel des Bundes sowie Zuwendungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft sollen der Arbeitsstelle für das Bibliothekswesen zufließen. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe der KMK sind der Meinung, daß eine solche Konzeption eine vorläufige Regelung darstellt, die in ihren Auswirkungen einige Jahre zu beobachten ist. Erst wenn sich die Regelung nicht bewähren sollte, sei an eine öffentlich-rechtliche Regelung zu denken. Zunächst soll sich die Arbeit auf die Aufgabenstellung der bisherigen Kommissionen des VDB beschränken und die Frage der Automatisierung bei der ABT ver-

bleiben. Von Seiten des VDB wurde gebeten, möglichst bald die in Aussicht genommene Absichtserklärung der KMK herbeizuführen, damit den Bibliotheken die Möglichkeit zum Anschluß an den Bibliotheksverband gegeben wird. Dies wurde vom Leiter der Arbeitsgruppe, Herrn Ministerialdirektor Kreuser, in Aussicht gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hochschulbibliotheken befaßte sich in ihrer Sitzung am 3./4. 5. 1973 in Marburg mit den Ergebnissen der Besprechungen mit der KMK und der Frage des Deutschen Bibliotheksverbandes. Sie kam mit einer Gegenstimme und bei 5 Enthaltungen zur Auffassung, die vom Vorstand des VDB für die Vereinsversammlung vorgesehene Vorlage zu unterstützen:

1. Die Wahrnehmung bibliothekarischer Sachaufgaben einzustellen und diese an den Deutschen Bibliotheksverband zu übertragen.
2. Seinen Mitgliedern zu empfehlen, bei ihren Bibliotheken für den Eintritt der Bibliotheken in den Deutschen Bibliotheksverband zu wirken.

Aus der Sicht des VDB bietet die vorgeschlagene Satzung des DBV durchaus die Möglichkeit dazu. Die Vereinsversammlung wird also darüber beschließen müssen, ob sie in Konsequenz ihrer früheren Voten nunmehr einen Schlußstrich unter die Sacharbeit zu ziehen gewillt ist. Daß dies eine ernste und in die Struktur des Vereins tief eingreifende Entscheidung darstellt, die viele Kollegen nur schweren Herzens fällen, ist uns seit langem bewußt.

### **Berufsständische Vertretung**

Die Bildung von Regionalverbänden und deren Konsolidierung ist im Berichtsjahr fortgeschritten, so daß der Mitgliederversammlung ein ausgewogener Satzungsentwurf der Rechtskommission für die Regionalverbände vorgelegt werden kann, von dem zu hoffen ist, daß er nunmehr die Zustimmung der Mehrheit findet. Der Vereinsausschuß hat nach eingehender Beratung empfohlen, die Satzungsänderung anzunehmen, die für einige Regionalverbände Voraussetzung für deren Beitritt zum VDB ist. Auch die Vertretung der Regionalverbände im Vereinsausschuß steht dann auf einer neuen Basis. Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Aufgaben des VDB ist die Bildung der Landesverbände notwendig, damit auf allen Ebenen der Besoldungspolitik die Aktivität des VDB gesteigert werden kann.

Um den Veränderungen im Bibliothekswesen und der Bibliotheksstruktur im Hochschulbereich Rechnung zu tragen, wird im Auftrag der Mitgliederversammlung von Arbeitsgruppen ein Papier über die Neufassung der Tätigkeitsmerkmale des höheren Dienstes erarbeitet und eine Stellungnahme zu den Besoldungsforderungen des VdDB verabschiedet. Letztere wird im Rundschreiben 1973/2 abgedruckt. Zum Entwurf des Hochschulrahmengesetzes selbst konnte die Arbeitsgruppe noch nicht Stellung nehmen, weil noch nicht geklärt ist, ob dieses in der früheren Form erneut dem Bundestag vorgelegt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes, der der VDB angehört, hat sich in der Frage der Besoldung des höheren Dienstes engagiert und eindringlich auf die zunehmende Nivellierung im Besoldungs- und Dienstrecht hingewiesen. Sie hat weitere Sockelbeträge bei Besoldungserhöhungen als dem Leistungsprinzip entgegenwirkend abgelehnt und hat sich in dieser Frage mit einem Protesttelegramm an den Bundesinnenminister gewandt.

### **Zusammenarbeit mit anderen Verbänden**

Auf der IFLA-Tagung in Budapest waren Bibliothekare aus der Bundesrepublik stark vertreten. Vorstandsmitglieder nehmen an den Tagungen unserer österreichischen, französischen und schweizerischen Kollegen teil. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem VdDB bedeutet der Ausbau des „Rundbriefes“ zum gemeinsamen Mitteilungsblatt beider Vereine.

Die Vorsitzenden oder Mitglieder des Vorstandes beider Vereine waren regelmäßig auf den Ausschuß- und Beiratssitzungen der befreundeten Verbände vertreten. Der VdDB hat eine Neufassung seiner Satzung in Aussicht genommen, die seine Eigenständigkeit beinhaltet, so daß von einem Fusionsprozeß gegenwärtig noch nicht die Rede sein kann. Die Entwicklung des VDB zum Personalverband und die nicht immer einheitliche Interessenlage der beiden Berufsgruppen kann ein koordiniertes, aber nach Verbänden getrenntes Arbeiten noch auf längere Sicht als zweckmäßig erscheinen lassen.

### **Deutsche Bibliothekskonferenz u. Bibliotheksplan 1973**

Die Überlegungen zum Bibliotheksplan II verbunden mit der Vorbereitung des Bibliothekskongresses standen im Mittelpunkt der Arbeit der DBK. Der Vorsitzende des VDB führte während des Jahres 1972 die Geschäfte des Präsidenten der DBK. Vorstand, Ausschuß, Arbeitsgemeinschaften und zahlreiche Mitglieder des VDB nahmen an der Erstellung des Bibliotheksplans und seiner Anlagen laufend Anteil. Insbesondere ist auf die Tätigkeit von Herrn Schmidt-Künsemüller hinzuweisen, dem die schwierige Aufgabe gestellt war, die zahlreichen Anregungen und Änderungswünsche zum Bibliotheksplan II in zahllosen Besprechungen zu koordinieren und die einzelnen Fassungen des Plans zu redigieren. Der VDB hat sich trotz einzelner noch bestehender Bedenken für den Bibliotheksplan II als Ganzes ausgesprochen (vgl. Rundschreiben 1973. 1. S. 1). Dabei ist sich der Verein der Tatsache bewußt, daß eine Weiterentwicklung notwendig ist und der ständigen Mitarbeit aller Bibliothekare und bibliothekarischen Verbände bedarf. Die Auseinandersetzung mit der nunmehr beschlossenen Novelle zum Urheberrechtsgesetz und die Abwehr unberechtigter Forderungen über die Bibliothekstantieme haben zur Bildung einer Arbeitsgruppe Bibliothekstantieme der DBK geführt, die Verbindung mit einem von der KMK eingesetzten Unterausschuß hält.

### **Mitgliederbewegung und Finanzlage**

Die Zahl der Vereinsmitglieder ist auf etwa 900 angewachsen. Erstmals wurden vier außerordentliche Mitglieder aufgenommen.

Die Finanzlage des Vereins gibt weiterhin zur Sorge Anlaß. Ein Rückgriff auf das Vereinsvermögen war unvermeidbar. Um die Finanzen zu konsolidieren, ist eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages unvermeidbar. Die Wahrnehmung der berufsständischen Anliegen muß voll aus den Mitgliedsbeiträgen erfolgen, die notwendig damit verbundenen Reisekosten sind aber in den letzten Jahren so sehr angestiegen, daß selbst bei sparsamster Bewirtschaftung des Reisekostenetats Kürzungen nicht möglich sind. Eine gewisse Entlastung wird die geplante Abgabe der Kommissionsarbeit bringen. Die gestiegenen Druckkosten, vor allem aber die mit einem sehr hohen Anteil an den Ausgaben des Vereins beteiligten Portokosten, deren Entwicklung noch nicht abzusehen ist, erfordert die Anhebung des seit Jahren gleichgebliebenen Beitrages von DM 20,- auf mindestens DM 36,-

bzw. DM 18,— für Referendare und Kollegen im Ruhestand.

### **Publikationen**

Nach jahrelanger Vorbereitungsarbeit konnte das von der Zeitungskommission initiierte und von Hrn. Hagelweide redaktionell betreute Werk „Deutsche Zeitungsbestände in Bibliotheken und Archiven. Besitznachweise“ in Satz gegeben werden. In Vereinbarung mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien als Mitherausgeberin wurden im gegenseitigen Einvernehmen die Fragen der Betreuung des umfangreichen Satzes geklärt. Die finanzielle Seite konnte durch großzügiges Entgegenkommen der DFG so geregelt werden, daß auf den VDB keine Belastungen seines Haushalts zukommen dürften. Das Jahrbuch ist in seiner 45. Ausgabe in Vorbereitung. Statistischer und personeller Teil mußten redaktionell

getrennt werden, um die Überlastung eines Kollegen und der Bibliothek zu vermeiden. Die Redaktion haben nunmehr die Kollegen Havekost (UB Bremen) für den Statistikteil und Kollege Vogt (SB München) für den Personalteil.

### **Pressearbeit**

Eine Intensivierung der Information innerhalb der beiden Vereine wie gegenüber der Öffentlichkeit wurde durch Rundbrief, Bibliotheksdienst und ZfBB versucht. Auch an dieser Stelle bitte ich alle Kollegen, das Ihre zur Verbesserung des Informationsflusses durch Meldungen an den Pressereferenten beizutragen. Ein Appell des Pressereferenten um bessere Versorgung mit Nachrichtenmaterial wurde den Direktoren der wissenschaftlichen Bibliotheken vom Vorstand im Frühjahr 1973 übermittelt.

gez. Pauer

---

## **Vorstands- und Beiratssitzungen des VdDB**

Vorstand und Beirat des VdDB tagten am 26. und 27. Oktober 1972 in Marburg und am 22. Februar 1973 in Mainz.

Am Beginn der ersten Sitzung des neuen Vorstands und Beirats in Marburg stand der Bericht der Vorsitzenden über die Übernahme der Vereinsgeschäfte. Besonders schwierig hatte sich dabei die Übernahme der Kassengeschäfte gestaltet. Auf der Sitzung am 22. Februar 1973 in Mainz legte die Kassenwartin des Vereins den Kas senbericht 1972 und den Haushaltsvoranschlag 1973 vor. Der Haushaltsvoranschlag 1973 wurde in gekürzter Fassung in unserem Rundschreiben 1973/1 veröffentlicht.

Der Vorstand berichtete auch über seine Teilnahme am IFLA-Kongreß in Budapest. Drei Vertreter unseres Vereins nahmen daran teil. Leider mußte festgestellt werden, daß bisher noch kein Mitglied des VdDB in einer der IFLA-Kommissionen mitarbeitet. Der Vorstand will sich darüber informieren, inwieweit Mitglieder unseres Vereins in die verschiedenen Kommissionen berufen werden können.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt jeder Vorstands- und Beiratssitzung sind die Berichte aus den Kommissionen des VdDB:

Die Kommission für Berufs- und Ausbildungsfragen beschäftigte sich auf ihren letzten Sitzungen mit der Ausbildung des Bibliotheksassistenten und legte dafür einen Entwurf vor.

Die Kommission für Besoldungs- und Tariffragen leistete die Vorarbeiten für einen Entwurf der Tätigkeitsmerkmale für die Eingruppierung der Angestellten in wissenschaftlichen Bibliotheken, der den Tarifpartnern und anderen öffentlichen Gremien überreicht wurde.

Die Satzungskommission beriet auf ihren Sitzungen den Entwurf einer neuen Satzung des VdDB, um ihn auf der nächsten Mitgliederversammlung in Hamburg erneut zur Abstimmung vorlegen zu können.

Die Kommission zur Erarbeitung einer Geschäftsordnung berichtete über den Stand der Ausarbeitung des Entwurfes einer Geschäftsordnung. Dieser soll rechtzeitig zur Diskussion gestellt werden, damit er vor der nächsten Mitgliederversammlung publiziert werden kann und auf dieser ebenso wie die neue Satzung zur Entschließung vorliegt.

Einen breiten Raum innerhalb der Beratungen nahm der Bibliotheksplan 1973 ein. Zum Entwurf dieses Bibliotheksplans wurde beanstandet, daß kein Vertreter unseres Vereins bisher die Möglichkeit zur Mitarbeit hatte, obwohl der Verein Mitglied der Bibliothekskonferenz ist. Die Vorsitzende wurde auf der Sitzung in Marburg gebeten, sich darum zu bemühen, daß wenigstens zur Ausarbeitung der Anlagen 2 (Personalbedarf) und 5 (Ausbildung) jeweils ein Mitglied des VdDB hinzugezogen wird. Bei der Sitzung in Mainz kam man zu dem Ergebnis, dem Bibliotheksplan 1973 grundsätzlich zuzustimmen unter der Bedingung, daß der Verein in Verbindung mit der Unterschrift eine Stellungnahme abgibt, welche seine Kritik zur Anlage 5 über die Ausbildung zum Ausdruck bringen soll.

Auf der Sitzung in Marburg wurde beschlossen, ein Werbeschreiben für den Entwurf auszuarbeiten. Dieser von zwei Mitgliedern des Vereins erarbeitete Entwurf lag auf der Sitzung in Mainz vor und konnte inhaltlich diskutiert werden. Er wurde in einigen Punkten noch verbessert und konnte inzwischen in Druck gehen.

---

## **Aus der Vereinsausschußsitzung des VDB am 15. und 16. März 1973 in Regensburg**

### **Außerordentliche Mitglieder**

Bereits auf der Vereinsausschußsitzung am 18. und 19. Januar 1973 in Köln wurde Dr. Hans Wagner (Bremen), da er zum 30. April 1973 aus dem deutschen Bibliotheksdienst ausscheidet und nach Österreich zurückkehrt, mit Wirkung vom 1. Mai 1973 als außerordentliches Mitglied aufgenommen. Der Luxemburger Bibliothekar van de Vekene hat anläßlich seiner Aufnahme als außerordentliches Mitglied

dem Verein sein Werk „Bemerkenswerte Einbände in der Nationalbibliothek Luxemburg“ geschenkt. Der Vorsitzende überreichte es Prof. Dr. Schmidt-Künsemüller zum Dank für die lange aufopferungsvolle Arbeit im Verein.

### **Bibliotheksplan II**

Der Veröffentlichung des Bibliotheksplans II in einer Auflage von 15—20 000 Exemplaren steht keine ernsthafte Schwierigkeit mehr entgegen. Die Finanzierung

durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ist gesichert. Stellungnahmen sind kaum noch eingelaufen. Wesentliche Bedenken kamen nur noch — allerdings erst Anfang 1973 — aus dem Kreis der Regionalbibliotheken. Die Bedenken gingen so weit, daß man den Plan gar nicht veröffentlichen dürfe; sie sind jedoch nicht recht einsichtig, nachdem die Arbeitsgemeinschaft der Regionalbibliotheken im wesentlichen bereits ihre Zustimmung gegeben hatte. Die Einwände der VdDB-Kommission für Ausbildungsfragen konnten zum Teil noch bei der Endredaktion berücksichtigt werden.

### **Bibliothekskongreß in Hamburg**

Mitgliederversammlung.

Es wurde insbesondere die Tagesordnung für die Mitgliederversammlung beraten:

1) Herr Wiegand berichtete über die Mitgliederversammlung des Verbandes wissenschaftlicher Bibliothekare in Baden-Württemberg am 27. Januar 1973. Dort wurde der Anschluß an den VDB unter der Voraussetzung beschlossen, daß die auf der Sitzung des Vereinsausschusses am 18. Januar 1973 in Köln beschlossenen Änderungen der Satzung des VDB bezüglich der Regionalverbände rechtskräftig geworden sind. Der Anschluß wird wirksam, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist und die neue Satzung des Landesverbandes vom Vereinsausschuß des VDB als mit der Satzung des VDB vereinbar erklärt worden ist. Dieser Beschluß hat zur Folge, daß in der Mitgliederversammlung keine Änderungen mehr an der Vorlage durchgeführt werden können. Die Mitgliederversammlung kann nur zustimmen oder ablehnen. Für die Zustimmung ist eine Dreiviertel-Mehrheit notwendig.

2) Da die Beitragserhöhungen ebenfalls von der Mitgliederversammlung beschlossen werden müssen, erstattete der Kassenwart zur bevorstehenden Beitragserhöhung Bericht. In einer Übersicht über die Preis- und Gehaltsentwicklungen seit den 60er Jahren zeigte er auf, daß in der Regel eine Verdoppelung der Preise und Gehälter eingetreten ist. Der Kassenwart plädierte auf eine Erhöhung auf 40,— DM, um nicht schon nach wenigen Jahren wieder erhöhen zu müssen. Unter Hinweis auf die zusätzlichen Ausgaben für Regionalverbandsbeiträge wurden Bedenken gegen diese massive Erhöhung ausgesprochen. Der Vorsitzende schlug einen Beitrag von 36,— DM vor, der präziser den erwarteten Ausgaben entspreche. Mit Mehrheit billigte der Vereinsausschuß eine Beitragserhöhung auf 36,— DM, während der Beitragssatz von 18,— DM für Pensionäre und Referendare einstimmig gebilligt wurde.

3) Die Fusionierung mit dem VdDB bleibt der Zukunft vorbehalten; es entwickelte sich jedoch bereits eine engere Kooperation durch gegenseitige Besuche bei den Ausschusssitzungen, enge Zusammenarbeit der Vorsitzenden und ein Zusammenwirken der Pressereferenten der beiden Verbände beim gemeinsamen Rundschreiben. Es wurde der Vorschlag angenommen, die Fusionsbemühungen im Jahresbericht, aber nicht in der Mitgliederversammlung zu behandeln.

### **Neuwahl von Vorstand und Vereinsausschuß des VDB**

Ltd. BDir. Dr. Wilhelm Totok (Niedersächsische Landesbibliothek Hannover) hat zugesagt, sich als erster Vorsitzender zur Wahl zu stellen. 2. Vorsitzender wäre dann Dr. Pauer, 3. Vorsitzender Havekost. Kassenwart soll weiterhin Tehnzen bleiben. Die Vereinsausschußmitglieder halten ihre Erklärung aufrecht, daß sie bei Wiederwahl nach einem Jahr zurücktreten, um die

Alternierung zwischen Vorstand und Vereinsausschuß zu erreichen.

### **Bibliothekartag 1974**

Der Vorsitzende berichtete über die Schwierigkeiten eines kombinierten Bibliothekartages Braunschweig-Wolfenbüttel. Bei der Bezuschussung für zwei Orte ergeben sich Schwierigkeiten, außerdem sind Parallelveranstaltungen unmöglich und die Organisation wird durch zwei Ortskomitees erschwert und mit zusätzlichen Spannungen belastet. Selbstverständlich könnten Ausflüge nach Wolfenbüttel und auch gewisse Sitzungen dort stattfinden, insgesamt sind die Gegebenheiten in Braunschweig außergewöhnlich günstig. Bibliothek und Universitätsgebäude sind benachbart; die Mensa mit flexiblen Möglichkeiten für gesellschaftliche Veranstaltungen liegt ebenfalls in der Nähe. Dir. Prof. Dr. Daum hat bereits seine Vorstellungen über das Rahmenprogramm schriftlich fixiert. Für die Themenwahl ist der Vereinsausschuß zuständig.

### **Literaturnachweise der BRD durch die Deutsche Bibliothek**

Nach Mitteilung der Deutschen Bibliothek ist die Beschränkung des Literaturnachweises auf die BRD eine „Zeitungsente“. Es seien lediglich einmal Überlegungen angestellt worden, das Schrifttum der DDR ähnlich wie das österreichische und das schweizerische auszuweisen.

### **Stellung des Höheren Dienstes im Besoldungsgefüge, Hochschullehrergesetze**

Dir. Dr. Kehr berichtete anhand einer Ausarbeitung durch den Kollegen Dr. Piepenbrock (Freiburg). Danach soll das beamtete wissenschaftliche und künstlerische Personal der Hochschulen in Zukunft nur noch aus Professoren, Assistenz-Professoren und den entsprechenden wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern bestehen. Es sind Beamte, denen wissenschaftliche oder künstlerische Dienstleistungen obliegen und die auf Verlangen Lehrveranstaltungen durchzuführen oder daran mitzuwirken haben. Die Verpflichtung zu Lehrveranstaltungen wurde auf Vorschlag Bayerns in den Regierungsentwurf eingebracht. Das würde bedeuten, daß die wissenschaftlichen Bibliothekare nicht mehr ohne weiteres von der Vorlage berührt werden. Daraus ergeben sich unmittelbar keine negativen oder positiven Folgen für die Bibliothekare. Die generelle Verpflichtung zu Lehraufträgen könnte eher Nachteile bringen, die freiwillige Übernahme von Lehraufträgen ist auch bei der Zugehörigkeit zu „Sonstige“ nicht behindert. In Baden-Württemberg ist der Stellenschlüssel im administrativen Bereich sogar günstiger als im wissenschaftlichen. Würden die Bibliothekare zu den wissenschaftlichen Mitarbeitern gehören, müßten sie eigens ausgewiesen werden, sonst bestünde leicht die Gefahr, daß sie in der großen Menge untergehen und gehobene Stellen Nichtbibliothekaren zufallen könnten. Die Vorteile beider Lösungen ließen sich verbinden, wenn die Bibliothekare als eigene Gruppe ausgewiesen würden, was jedoch sehr fraglich ist, da man ja die bisherige Vielfalt vereinheitlichen möchte. Die Belastung durch Lehrveranstaltungen wird als nicht sehr groß angesehen; in der Regel dürfte es sich um Einführungen in Bibliographie, Benutzung und ähnliche bibliothekarische Themen handeln, die auch übernommen werden sollten.

Die Aktivierung der Berufskommission wird als dringend erforderlich angesehen. Um die Ausarbeitung von Piepenbrock zu vertiefen und zu ergänzen, wurde von Kehr vorgeschlagen, daß sich Drehmann, Havekost, Junginger und Piepenbrock innerhalb der nächsten drei

Wochen in der LB Stuttgart treffen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

### **Arbeitsgemeinschaft der Verbände des Höheren Dienstes**

Der Vorsitzende berichtete über die letzte Sitzung. Die Arbeitsgemeinschaft sieht im Abbau des Sockelbetrages eine wesentliche Aufgabe, da er u. a. auf Grund des gleichen Betrages für Junggesellen und Familienväter unsocial sei. Die Arbeitsgemeinschaft versucht ein festes Sekretariat mit hauptamtlichem Generalsekretär (ein Studiendirektor, der für diese Zeit beurlaubt wird) zu errichten. Sie moniert, daß in zunehmendem Maße bei Ausschreibungen keine Qualifikationen gefordert werden, was zu nicht sachgerechten Ernennungen führen kann.

### **Bibliothekarische Sacharbeit**

Der Entwurf des Bundesförderungsprogrammes Information und Dokumentation (Lechmann-Papier) ist inzwischen auch dem Vorsitzenden offiziell zugeleitet worden. Das Begleitschreiben weist darauf hin, daß der Entwurf nochmals überarbeitet würde und sich insbesondere die Texte über die Finanzierungsmodalitäten und Förderungsbeträge ändern würden und auch die Rechtsform noch offen sei. Bei einer Begegnung zwischen der DBK und dem Präsidenten der DGD, Herrn Lutterbeck, gewannen die Bibliothekare den Eindruck, daß die Dokumentare mit der Entwicklung der Gesellschaft für Information und Dokumentation ganz zufrieden seien und es den Bibliothekaren überließen, wie sie ihre Interessen mehr zu Gehör bringen wollten. Von Seiten der Kultus- und Finanzministerkonferenz ist inzwischen ein gemeinsamer Ausschuß zur Prüfung der Frage der Bezuschussung der Sacharbeit des VDB gegründet worden, der erstmals am 9. April 1973 tagte. Als möglicher Ausweg aus dem Dilemma der Zuständigkeiten von Bund und Ländern (hier die Dokumentation, dort das Bibliothekswesen) zeichnet sich ein Beitritt der wissenschaftlichen Bibliotheken zum DBV ab, der auch einen weiteren Schritt zur engeren Koordinierung des wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliothekswesens im Sinne des Bibliotheksplans II bedeuten würde. Die Reaktionen der Unterhaltsträger und der durch den Beitritt möglicherweise betroffenen Institutionen (z. B. DFG) schwanken zwischen uneingeschränkter Zustimmung, Skepsis und Ablehnung. Andererseits bedarf die Finanzierung der Sacharbeit dringend einer baldigen Klärung. Es wurde daher der Entwurf der Neuen Satzung des DBV zwecks Eingliederung des wissenschaftlichen Bibliothekswesens für alle Sitzungsteilnehmer vervielfältigt und ausgiebig diskutiert. Der Ausschuß stimmte den Zielen und dem Wortlaut der Satzung zu, wobei er unwesentliche Änderungen einbrachte. So soll „BRD“ im Namen des Deutschen Bibliotheksverbandes weggelassen werden, da im Zuge der Umbenennung aller mit „Deutsch“ zusammengesetzten Kooperationsnamen zu erwarten ist, daß der DDR-Bibliothekerverband in „Bibliothekerverband der DDR“ umbenannt wird; auch soll an einschlägigen Stellen jeweils „einschließlich Berlin-West“ eingefügt werden. Andere Änderungen betrafen die Verhinderung des Überstimmens der jeweils anderen Gruppe - im „neuen“ DBV werden die ordentlichen Mitglieder jeweils der Gruppe der öffentlichen Bibliotheken oder der wissenschaftlichen Bibliotheken zugeordnet. Hier soll es u. a. heißen: „Mitglieder, deren Angelegenheiten beide Gruppen berühren, können in der jeweils anderen Gruppe beratend mitwirken.“ Der DBV hat den Vorschlägen mit unwesentlichen Änderungen mittlerweile zugestimmt.

### **Empfehlungen zur Verbesserung des Leihverkehrs**

Die „Empfehlungen zur Verbesserung des Leihverkehrs“ vom 1. Dezember 1972 trafen erst am 2. März 1973 in Regensburg ein und konnten erst jetzt behandelt werden. In der Diskussion wurde festgestellt, daß die Heranziehung der SSG-Bibliotheken zwar ein selbstverständliches Anliegen sei, aber die Vorklärung durch Fachreferenten die Arbeit kaum beschleunigen werde. Die Zentralkataloge würden zwar entlastet, dafür müßten aber die Bibliotheken mehr qualifiziertes Personal für eine Menge Leerlauf einsetzen, da erfahrungsgemäß ein großer Teil der Titel (etwa 70%) bereits im ersten Zentralkatalog aufgefunden werde. Für alle diese Zettel ist die Eintragung der SSG- oder zentralen Fachbibliothek überflüssig. Corsten drückte seine Überraschung darüber aus, daß die DFG sich so schnell zu den Empfehlungen entschlossen hat, obwohl die Kölner Untersuchungen noch nicht beendet sind und noch keine endgültigen Schlüsse erlauben, da ein großer Teil der Leihscheine noch gar nicht zurückgekommen ist. Tehnzen sah auf Grund seiner Erfahrungen in der TIB die größte Schwierigkeit in der Aufgliederung nach Fachgebieten, da die Zuweisung zu diesen unsicher ist und oft falsch gehandhabt wird. Trotz der Skepsis über die Wirksamkeit dieser Maßnahme wurden die Empfehlungen mit einigen Änderungen gebilligt.

### **Stand der neuen Regeln für die alphabetische Katalogisierung**

Niewalda wies darauf hin, daß entgegen den Behauptungen der Kommission für Alphabetische Katalogisierung doch noch Änderungen an den Vorentwürfen vorgesehen sind, die zum Teil nicht unbeträchtlich sind, insbesondere die Ansetzung der Ordnungshilfen bei regierenden Fürsten etc. in der Landessprache. Die Regeln seien wenig automationsgerecht, vor allem wegen der starken Anlehnung an das Titelblatt in der bibliographischen Beschreibung, was die Normierungsmöglichkeiten sehr einengt und den Ablochaufwand erhöht, und eine Verlangsamung der Katalogisierung zur Folge hat, während besonders im Hochschulbereich die schnelle Bearbeitung ein wesentliches Kriterium für die Funktionstüchtigkeit der Bibliothek ist. Kehr empfahl, daß der Vorsitzende den Kommissionsvorsitzenden darauf hinweist, daß bei jeder Änderung auf die bereits nach den neuen Regeln arbeitenden Bibliotheken Rücksicht genommen werden möge und daher jede Änderung auch im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand erwogen werden solle. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

### **Empfehlungen der Kommission für Ausbildungsfragen für die künftige Ausbildung (Gehobener Dienst)**

Die Kommission für Ausbildungsfragen des VdDB empfand die Empfehlungen der VDB-Ausbildungskommission als eine unberechtigte Einmischung in ihre Angelegenheiten und beabsichtigt, eine eigene - von der der VDB-Kommission abweichende - Empfehlung herauszugeben. Der Vereinsausschuß bedauerte, daß eine abweichende Empfehlung der VdDB-Kommission herausgegeben werde, ohne das Bemühen, die Vorschläge miteinander abzustimmen. Der Vorsitzende erklärte, daß das Unterbleiben des Austauschs der Diskussionspapiere nicht im Sinne einer für den ganzen bibliothekarischen Berufsstand wirkenden Arbeit sei.

### **Personelle Veränderungen in den Kommissionen**

Prof. Schmidt-Künsemüller hat seine Mitgliedschaft in der Handschriftenkommission niedergelegt.

Aus der Kommission für Baufragen sind H. Lohse

(Bonn) und Stoltzenburg (Konstanz) im Herbst 1972 ausgeschieden, neu aufgenommen werden soll in Hamburg Schweigler (München).

Aus der Kommission für Ausbildungsfragen scheidet am 1. Juni 1973 der derzeitige Vorsitzende, Prof. Krieg, wegen Pensionierung aus. Prof. Grunwald will nach dem Bibliothekskongreß ausscheiden.

In der Kommission für ZK-Fragen will Vogt (München) die Nachfolge von Semrau antreten.

Gegen die personellen Veränderungen der Kommissionen wurde kein Einspruch erhoben; sie können der nächsten Mitgliederversammlung zur Bestätigung vorgelegt werden.

#### **Statistikkommission**

Um die statistischen Angaben durchsichtiger, einheitlicher und damit vergleichbarer zu machen, wird die Gründung einer Statistik-Kommission auf dem Bibliothekskongreß Hamburg für notwendig erachtet.

### **Stellungnahme des VDB zum BAT-Entwurf des VdDB**

Die „Kommission für Besoldungs- und Tariffragen“ des VdDB erarbeitete einen Entwurf „Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im bibliothekarischen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken“ (Rundschreiben des VdDB und des VDB 1972/2, S. 5-7). Der Verein Deutscher Bibliothekare ist der Ansicht, daß dieser Entwurf sowohl in den Grundsätzen als auch in den Einzelheiten einiger Korrekturen bedarf. Er vertritt die Auffassung, daß über die Meinungsverschiedenheiten mit den Vertretern des VdDB diskutiert werden sollte. Ohne schon selbst ein ausreichend detailliertes Modell für die Festlegung der Tätigkeitsmerkmale im Bibliotheksdienst vorlegen zu können, sieht sich der VDB zu folgenden Bemerkungen zum BAT-Entwurf des VdDB veranlaßt:

A. Der VDB unterstützt die wesentlichen Aussagen über die Entwicklung des Bibliothekswesens und der bibliothekarischen Berufsarbeit, die in der „Vorbemerkung“ des Entwurfs formuliert worden sind. Er geht davon aus, daß diese Aussagen nicht nur für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken, sondern für das wissenschaftliche Bibliothekswesen insgesamt zutreffen.

Trotz der generellen Zustimmung zu den Aussagen der Vorbemerkung sind jedoch einige kritische Bedenken anzubringen:

Der Entwurf geht zu stark von den Gegebenheiten im Bereich der öffentlichen Büchereien aus, ohne daß die Situation im wissenschaftlichen Bibliothekswesen überall sachlich parallelisierbar wäre. Zwar verdient die Forderung der horizontalen Durchlässigkeit zwischen wissenschaftlichen Bibliotheken und öffentlichen Büchereien nachdrücklich Unterstützung, jedoch dürfen einige wichtige Unterschiede nicht übersehen werden:

1. Der Entwurf geht von der personellen Situation aus, daß das öffentliche Büchereiwesen keinen höheren Dienst kannte. Dieser wichtige Unterschied zum wissenschaftlichen Bibliothekswesen wurde im Entwurf übersehen. Nach der Rahmenvereinbarung über die Ausbildung des höheren Dienstes an öffentlichen Büchereien, die die Kultusministerkonferenz vom 4. Februar 1972 beschlossen hat, wird es mit Sicherheit auch an den öffent-

#### **Bibliothekstantieme**

Die Situation ist zur Zeit undurchsichtig; die KMK hat jedoch einen Unterausschuß mit dieser Frage befaßt, so daß die einzelnen Bibliotheksdirektoren nicht haftbar gemacht werden können. Die Verwertungsgesellschaften sollten zuerst die Namen der von ihnen vertretenen Autoren bekanntgeben, die vermutlich sehr gering an Zahl sind und an einer öffentlichen Bibliothek nur ca. 5% ausmachen dürften. Gefährlich wäre es, die Bandzahl als Bewertungsgrundlage heranzuziehen, besonders für Bibliotheken mit großen ruhenden Magazinbeständen. Das Verfahren könnte auch eine Abkapselung der Institutsbibliotheken zur Folge haben und nachteilige Wirkung für die Entwicklung von Bibliothekssystemen und die Öffnung der Bestände für die Allgemeinheit haben. Die Terminologie der Benutzungsvorgänge müßte präziser gefaßt werden, z. B. könne die Überlassung am Lesesaalisch nicht als Entleihung gewertet werden; man sollte in solchen Fällen besser von „Entnahme“ sprechen.

lichen Büchereien einen höheren Dienst geben. Sobald dieser höhere Dienst fest etabliert ist, entsteht eine analoge Situation zu den wissenschaftlichen Bibliotheken. Rückwirkungen auf den gehobenen Dienst an öffentlichen Büchereien sind dann unvermeidlich.

Der VDB betrachtet eine Parallele zum öffentlichen Büchereiwesen hinsichtlich der Gesamtspanne des gehobenen Dienstes für unhaltbar. Eingangssamt und Spitzenamt des gehobenen Dienstes müssen in wissenschaftlichen Bibliotheken anders festgelegt sein als derzeit noch in den öffentlichen Büchereien (darüber unten).

2. In vielerlei Hinsicht bestehen erhebliche sachliche Unterschiede zwischen öffentlichen Büchereien und wissenschaftlichen Bibliotheken, die im Entwurf nicht berücksichtigt wurden. So etwa mag es in öffentlichen Büchereien für Angehörige des gehobenen Dienstes möglich sein, Benutzerprofile zu erstellen (Protokollnotiz 2. d), in wissenschaftlichen Bibliotheken gehört zur sachgerechten Bewältigung einer derartigen Aufgabe eine so weitgehende wissenschaftliche Fachkenntnis, wie sie in der Regel nur durch ein Fachstudium erworben werden kann.

Von den genannten Einschränkungen abgesehen, unterstützt der VDB die Gesichtspunkte der Vorbemerkung des Entwurfs. Namentlich teilt er auch die in Punkt 5 der Vorbemerkung ausgesprochene Ansicht bezüglich der Vorabregelung des Bundesinnenministeriums zu BAT IVa.

B. Die Tätigkeitsmerkmale für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken sollten, teilweise abweichend vom Entwurf des VdDB, wie folgt umrissen werden:

1. Die Laufbahn des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken beginnt mit A 10/BAT IVb und endet mit A 13/BAT IIa (ohne Bewährungsaufstieg). Der Aufstieg nach A 14/BAT Ib und höher ist durch ein Aufbaustudium mit entsprechendem Abschluß möglich.

2. Die bisherige Eingangsstufe A 9/BAT Vb ist wegen der im Vergleich zu anderen Laufbahnen des

- gehobenen Dienstes hohen Ausbildungsvoraussetzungen (Reifeprüfung) und der qualifizierten Ausbildung zu niedrig bemessen. Die Stufe A 9/BAT Vb sollte mit den Tätigkeitsmerkmalen „Beamte/Angestellte in wissenschaftlichen Bibliotheken in Tätigkeiten, die gründliche, vielseitige und in nicht unerheblichem Umfang selbständige Leistungen auf bibliothekarischem Gebiet erfordern“, das Spitzenamt für Beamte/Angestellte im Assistenzdienst (mittleren Dienst) sein.
3. Eingangsstufe des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken sollte A 10/BAT IV b sein. Qualifizierendes Merkmal ist die abgeschlossene bibliothekarische Fachausbildung. Die Eingangsstufe A 10/BAT IVb gilt für alle Anfänger, gleich ob an zentralen Bibliotheken, an Fachbereichsbibliotheken oder an Institutsbibliotheken. Falls für andere Laufbahnen mit Fachhochschulabschluss A 11/BAT IVa als Eingangsstufe festgesetzt werden sollte, müsste das allerdings auch für den gehobenen Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken gelten.
  4. Die Stufe A 11/BAT IVa ist durch gleiche Tätigkeitsmerkmale wie die vorhergehende bei Bewährung und längerer Erfahrung gekennzeichnet.
  5. A 12/BAT III ist durch Tätigkeitsmerkmale wie im Entwurf gekennzeichnet, jedoch wird Punkt c der Tätigkeitsmerkmale ersetzt durch die Formulierung von Punkt d der Protokollnotiz 1 (Leitung von nicht zentralen Abteilungen).
  6. A 13/BAT IIa ohne Bewährungsaufstieg ist das Spitzenamt des gehobenen Dienstes an wissenschaftlichen Bibliotheken, solange A 13 das Eingangsamts des höheren Dienstes bleibt. Für diese Funktionen treffen folgende Tätigkeitsmerkmale zu:
    - a) Wie im Entwurf
    - b) Besonders schwierige Fachaufgaben, wie Mitarbeit bei Planungs- und Organisationsaufgaben, bei (usw. wie Protokollnotiz 2, jedoch stets als „Mitarbeit bei . . .“)

- c) Verantwortliche Leitung der Durchführung von Geschäftsabläufen
    - aa) in Hauptabteilungen von zentralen Bibliotheken
    - bb) in großen Spezial- und Fachbereichsbibliotheken.
  - d) Dozententätigkeit an bibliothekarischen Ausbildungsstellen.
- C. Bei der Bestimmung der Tätigkeitsmerkmale für die Vergütungsgruppen BAT IIa-Ia geht der Entwurf zum Teil erheblich über das hinaus, was bei einer noch so gründlichen Fachhochschulausbildung und noch so weitgehender Berufserfahrung ohne ein wissenschaftliches Fachstudium geleistet werden kann. Der Aufstieg der Diplombibliothekare über A 13/BAT IIa hinaus ist - wie bereits gesagt - nur mit einem zusätzlichen, abgeschlossenen Aufbaustudium (Fachstudium) möglich.
- Als Aufgaben, die nur vom höheren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken (wissenschaftliche Bibliothekare mit abgeschlossenem Fachstudium) wahrgenommen werden können, müssen genannt werden:
1. Fachreferat (etwa im Sinne der Protokollnotizen 2 und 3 des Entwurfs)
  2. Z e n t r a l e Planung und Organisation
  3. Leitung der Erwerbung
  4. Leitung des Katalogbereichs als Ganzes sowie der Sachkataloge im besonderen
  5. Leitung der Benutzung, und zwar besonders der
    - a) Auskunftsdienste
    - b) sachbezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
    - c) Koordinierungsarbeit innerhalb des Bibliothekssystems der Universität
    - d) Klärung schwieriger Benutzungsfälle
  6. Leitung wissenschaftlicher Spezialbibliotheken und Fachbereichsbibliotheken
  7. Leitung der bibliothekarischen Ausbildung.

---

## Bibliothekskongreß 1973

### Mitgliederversammlung des VdDB

Gemäß § 10 der Satzungen lädt der Vorstand hiermit zur Mitgliederversammlung 1973 ein, die am Mittwoch, dem 13. Juni 1973, um 14,00 Uhr im Audimax der Universität Hamburg stattfinden wird. Die Tagesordnung lautet:

1. Jahresbericht (veröffentlicht im Rundschreiben 1973/2)
2. Kassenbericht 1972 und Haushaltsvoranschlag 1973 (veröffentlicht im Rundschreiben 1973/1)
3. Neue Satzungen
4. Bildung von Wahlausschüssen für die Vorstands- und Beiratswahlen 1974
5. Anträge
6. Verschiedenes

Anträge für die Mitgliederversammlung erbittet der Vorstand bis zum 30. Mai 1973.

Bitte bringen Sie zur Mitgliederversammlung Ihre Mitgliedsausweise mit, damit wir feststellen können,

wer stimmberechtigt ist. Sollten Sie nicht mehr im Besitz Ihres Mitgliedsausweises sein, fordern Sie bitte einen neuen bei unserer Schriftführerin, Frau Friedegart Wittig, UB Bochum, an.

Mitglieder, die keine Dienstreisebewilligung erhalten, können in gewissem Umfang auch in diesem Jahr **Reisekostenzuschüsse** des Vereins erhalten. Entsprechende Anträge sind an die zuständigen Länderbeiräte zu richten bis zum 30. Mai 1973. Hier noch einmal die Namen der Länderbeiräte:

Baden-Württemberg:  
Martin Keller, UB Freiburg

Bayern:  
Klaus Schultz, SB München

Berlin:  
Gisela Kochinke, SB Berlin

Bremen:  
Christa Babel, SuUB Bremen

Hamburg:  
Gisela Hopp, Kunstgeschichtl. Seminar der Univ. Hamburg

Hessen:

Jutta Nafzger, SuUB Frankfurt/M.

Niedersachsen:

Hermann Schuster, SuUB Göttingen

Nordrhein-Westfalen:

Ingeborg Sobottke, UB Bochum

Rheinland-Pfalz:

Ulman Schulte, UB Mainz

Saarland:

Christel Geiger, UB Saarbrücken

Schleswig-Holstein:

Horst Lüders, UB Kiel

### **Mitgliederversammlung des VDB**

am Mittwoch, den 13. 6. 1973 um 15,00 Uhr im Phil.  
Hörsaal D der Universität Hamburg.

#### **Tagesordnung:**

1. Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden
2. Rechnungslegung des Kassenwarts
3. Entlastung von Vorstand und Vereinsausschuß
4. Haushaltsplan für das kommende Geschäftsjahr
5. Beitragserhöhung
6. Satzungsänderungen aufgrund der Integrierung der Landesverbände

7. Übernahme der Sacharbeit durch den Deutschen Bibliotheksverband. Empfehlungen des Vereinsausschusses zum Beitritt der wissenschaftlichen Bibliotheken
8. Neuwahl von Vorstand und Ausschuß
9. Stellung des höheren Dienstes im Besoldungsgelände
10. Neugestaltung der Kommissionsarbeit
11. Personelle Veränderungen in den Kommissionen
12. Gründung einer Statistik-Kommission
13. Bibliotheksplan 1973
14. Verschiedenes

Anläßlich des Bibliothekskongresses 1973 in Hamburg lädt der Beirat von Hamburg des VdDB zu einer informatorischen Zusammenkunft am Freitag, den 15. Juni, ein. Eingeladen sind alle Diplom-Bibliothekare/rinnen und Bibliotheksangestellte der Instituts- und Seminarbibliotheken im Universitätsbereich Hamburg und anderer wissenschaftlichen Einrichtungen. Es soll über organisatorische-, personelle - und Fachprobleme informiert und diskutiert werden. Im Interesse jedes Einzelnen für eine gemeinsame Sache wäre eine rege Beteiligung sehr wünschenswert.

Zeit: 17,15 Uhr. Ort: s. Anschlag und Auskunft im Tagungsbüro (Audimax). gez. Hopp, Torp

## **Aus den Landesverbänden des VDB**

### **Hessen**

Der Landesverband Hessen führte wegen des Beitritts zum Beamtenbund eine Umfrage durch; es kann mit etwa 50 hessischen Kollegen gerechnet werden, die den Anschluß an den Beamtenbund befürworten.

### **Baden-Württemberg**

Der Landesverband Baden-Württemberg hat sein Einverständnis zum Anschluß an den VDB erklärt. Als neuer Vorsitzender ist Zedlitz und als Stellvertreter Wiegand gewählt worden.

### **Niedersachsen**

In der Mitgliederversammlung wurde ein Beitritt zum Deutschen Beamtenbund, wie ihn andere Landesverbände bereits vollzogen haben, vorläufig abgelehnt. Außerdem wurden die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung für Bibliothekare des höheren Dienstes in Niedersachsen sowie die Position dieser Berufsgruppe in den Entwürfen zum Niedersächsischen Hochschulgesetz diskutiert.

## **Personalnachrichten**

### **Veränderungen im VdDB**

Bellers, Rita, jetzt Veit, Rita

Beuerle, Christof, früher UB Mainz, jetzt UB Düsseldorf

Blessing, Barbara, früher SB Preuß. Kulturbes, jetzt Stud.

Dieckmann, Sabine, früher SB Preuß. Kulturbes, jetzt Stud.

Köhne, Josefine, jetzt Stevens-Köhne, Josefine, Commerzbank AG. Frankfurt/M.

Ruff, Hannelore, bisher in d. Ausbildung, jetzt SB Preuß. Kulturbesitz

Sambale, Birgit, jetzt Buthke-Sambale, Birgit

Seltmann, Siegrid, bisher in d. Ausbildung, jetzt SB Preuß. Kulturbesitz

Tschauner, Gisela, früher HWWA-Inst. f. Wirtschaftsforschung, jetzt Institut für Asienkunde, Hamburg

Umlauff, Christiane, jetzt Kraft, Christiane

Wenzel, Annegret, jetzt Voiß, Annegret

Zahn, Renate, jetzt Wagner, Renate

### **Neue Mitglieder im VdDB**

Balzer, Ursula, SB Preuß. Kulturbesitz

Bittermann, Gabriele, geb. Franz, Bibl. f. Zeitgeschichte, Stuttgart

Fink, Claudia, SB München

Gebeschus, Petra, SB Preuß. Kulturbesitz

Gehwolf, Hans Werner, Bibl.-Insp.-Anwärter, Bayerische Bibliotheksschule

Haedeke, Marion, UB Saarbrücken

Harrer, Gretel, Bibl.-Insp.-Anw., Bayer. Bibl.-Schule Kaufmann, Brigitte, geb. Kaspar, Landesstelle f. Gewässerkunde, München

Kiener, Magdalene, Bibl.-Insp.-Anwärter, Bayerische Bibliotheksschule

Kroneberg, Brigitte, FU Berlin

Kunz, Marlene, LB Kiel

Mordeja, Brigitte, UB Bonn

Oppel, Helmut, FU Berlin

Piening, Brunhilde, Fachbereich Ev. Theol., Univ. Hamburg

Radbruch, Christine, FU Berlin

Radsick, Ilse, Bibl. d. Med. Hochschule Hannover

Ruhlemann, Barbara, SB Preuß. Kulturbesitz

Schauf, Gudrun, UB Bonn

Schreier, Doris, Bibl.-Insp.-Anw., Bayer. Bibl.-Schule

Wacholtz, geb. Löffler, Johanna v., FU Berlin

Wienert, Gabriele, SB Preuß. Kulturbesitz

Wolber, Margot, UB Bonn

### **Neue Mitglieder im VDB**

Roswitha Schwan-Michels

Siegfried Franke

Dr. Wolfgang Koch

### **Kollegenpublikationen**

Gustav Stresemann: Reichstagsreden. Mit einem Vorwort von Walter Scheel, hrsg. u. eingeleitet von Gerhard Zwoch. Bonn: Verlag AZ-Studio 1972.